

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## AKTUELL

### Cheney mahnt Europäer

Washington (spk) Der amerikanische Verteidigungsminister Richard Cheney hat die Europäer ermahnt, mit ihren Diskussionen über eine eigene europäische Verteidigungsrolle die Reformen der NATO nicht zu verschleppen. Die Europäer dürften die Fähigkeit der NATO nicht behindern, «sich an die neuen Verhältnisse anzupassen».

### Immer mehr Arme

Santiago (spk) Die Zahl der Armen in Lateinamerika nähert sich nach Angaben der UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) der 200-Millionengrenze. In den achtziger Jahren habe sich die Armut, die Arbeitslosigkeit und die ungleiche Verteilung der Einkommen verschärft.

### Tahiti: Gespannte Lage

Papeete (spk) Die Ankündigung von Steuererhöhungen hat die Bevölkerung der Südseeinsel Tahiti aufgebracht. Zur Unterstützung der örtlichen Sicherheitskräfte schickte Frankreich am Dienstag in einer Sondermaschine eine Hundertschaft von Gendarmen aus dem französischen Pazifik-Archipel Neukaledonien nach Tahiti.

## «Buurabund» ersucht um Solidarität bei allen Mitgliedern

Pressekonferenz des «Buurabund» vor der Generalversammlung – Finanzielle Sorgen drücken den Bauernverband – Fusion mit Milchverband?

(G.M.) – Der «Buurabund», wie der liechtensteinische Bauernverband sich seit einiger Zeit offiziell nennt, wird von finanziellen Sorgen geplagt. Eine hohe Schuldenlast drückt auf den Verband, der aus eigenen Kräften in absehbarer Zeit kaum in der Lage sein wird, das finanzielle Gleichgewicht zu erhalten. Vor der Generalversammlung orientierten Präsident Fridolin Frick und Geschäftsführer Karl Walch an einer Pressekonferenz über den Stand der Dinge. Über die Generalversammlung und die dort gefassten Beschlüsse werden wir in unserer morgigen Ausgabe berichten.

Die Landwirtschaft befindet sich seit einigen Jahren im Umbruch. Neue Herausforderungen neben der Landschaftsbewirtschaftung und der Erfüllung der Landesversorgung sind auf die Bauern zugekommen, die sich vor allem auf den Bereich der Ökologie konzentrieren, weitere Herausforderungen stehen mit den Integrationsbestrebungen in Europa bevor. Zusätzlich zu diesen Herausforderungen hat sich der liechtensteinische Bauernverband, der «Buurabund», mit hausgemachten Problemen zu beschäftigen, die sich vor allem in einer schwierigen finanziellen Situation niederschlagen.

Aufgrund früherer Rechnungslegungen, die offensichtlich zu optimistisch waren und nicht alle Komponenten einbezogen,



Der liechtensteinische Bauernverband hat finanzielle Sorgen: Vor der Generalversammlung vom Dienstag Abend informierten Präsident Fridolin Frick (links) und Geschäftsführer Karl Walch über die derzeitige Situation. (Bild: Beat Schurte)

steht der Bauernverband vor einem Schuldenberg von rund 4,5 Mio. Franken. Die Jahresrechnung 1990 schliesst mit einem Verlust von 918 000 Franken ab, für das Jahr 1991 ist ein geringeres Defizit von 622 000 Franken budgetiert. Wie Präsident Fridolin Frick und Geschäftsführer Karl Walch vor der Presse erklärten, stehen verschiedene Wege zur

Sanierung offen: Eine dieser Varianten besteht im Verkauf des Lagerhauses mit den neuen Verkaufsräumlichkeiten, eine andere in der Fusion mit dem Milchverband, der finanziell auf bedeutend besseren Beinen steht und teilweise die gleichen Mitglieder umfasst. Die Entscheidung über diese Frage ist der Generalversammlung vorbehalten.

Eine Reihe von Massnahmen sind vom «Buurabund» in den letzten zwei Jahren mit Beginn der Präsidentschaft von Fridolin Frick und der Geschäftsführertätigkeit von Karl Walch ergriffen worden, die sich bereits positiv auf die laufende Rechnung auswirken. Unrentable Strukturen wurden aufgegeben, das Image der landwirtschaftlichen Organisation mit Bezug auf Qualität und Förderung des ökologischen Bewusstseins aufpoliert, die Kundschaft im Lagerhaus mit dem neugestalteten Laden auf die nichtbäuerliche Kundschaft ausgedehnt. Doch all diese Massnahmen reichen nach den Worten von Präsident Fridolin Frick nicht aus, um die hohe Schuldenlast in absehbarer Zeit zu tilgen, zumal im Agrarhandel die Gewinnmargen recht klein geworden seien.

Präsident Fridolin Frick und Geschäftsführer Karl Walch appellierten deshalb an die Solidarität des bäuerlichen Standes, die bis anhin teilweise noch vermisst wurde, um die Lage zu verbessern. Positive Anzeichen von solcherart Solidarität gibt es beispielsweise mit der Gründung der Dachorganisation bäuerlicher Organisationen. Als positiv und fortschrittlich kann auch das Projekt «Öko-Bauer» gewertet werden, das vor kurzem vorgestellt wurde und nun in einer Reihe von Landwirtschaftsbetrieben in die Tat umgesetzt wird.

## Wieder Regierungsamt für Jörg Haider

Wien (AP) Unter Protesten im Landtag von Klagenfurt hat der vergangene Woche als Landeshauptmann (Ministerpräsident) von Kärnten gestürzte FPÖ-Politiker Jörg Haider am Dienstag wieder ein Regierungsamt angetreten. Der Landtag wählte Haider ausschliesslich mit den Stimmen der FPÖ in das Amt des zweiten Landeshauptmann-Stellvertreters. Nachfolger von Haider wurde Christof Zernatto von der ÖVP. Der 42-jährige Zernatto ist damit der erste von der konservativen Volkspartei gestellte Landeshauptmann in Kärnten.

Der 41-jährige Haider war von der sozialdemokratischen SPÖ und der konservativen ÖVP gestürzt worden, weil er in einer Debatte am Mittwoch vergangener Woche die «ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reich» gelobt hatte. Beim Wahlgang für Haider zogen die Sozialdemokraten, die seinen Sturz durch einen Misstrauensantrag initiiert hatten, aus dem Parlament aus. Die ÖVP, die bis zum Sturz Haiders in einer Koalition mit der FPÖ gestanden und den Misstrauensantrag der SPÖ erst nach längerem Zögern unterstützt hatte, gab geschlossen ungültige Stimmen ab.

Die Wahl Haiders auf den bisher von Zernatto gehaltenen Stellvertreterposten war aus verfassungsrechtlichen Gründen unumgänglich, weil die FPÖ als zweitstärkste Partei einen Anspruch auf ein solches Amt hat. Sie präsentierte ausser Haider keinen anderen Kandidaten. Die stärkste Partei im Klagenfurter Landeshaus, die SPÖ, will mit der ÖVP keine Koalition eingehen, sondern die Minderheitsregierung Zernatto tolerieren. Im Kärntner Landtag haben die SPÖ 17, die FPÖ 11 und die ÖVP acht Sitze.

## 32 Millionen für neues Schulhaus in Triesenberg

Am Wochenende haben die Stimmberechtigten über das Projekt «Primarschule Obergufer» zu entscheiden

(G.M.) – In der Gemeinde Triesenberg steht eine wichtige Abstimmung bevor. Am Wochenende haben die Stimmberechtigten über das Projekt «Primarschule Obergufer» zu entscheiden, das Gesamtkosten von 32 Millionen Franken verursacht. Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 11. Juni 1991 das Projekt genehmigt und empfiehlt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern die Vorlage zur Annahme.

Die Planung für das neue Primarschulhaus geht, wie aus der Abstimmungsbroschüre der Gemeinde hervorgeht, bereits auf das Jahr 1981 zurück, als der Gemeinderat eine Kommission für Schulraumfragen bestellte. Aus den verschiedenen Standorten kristallisierte sich schliesslich der Standort «Obergufer» heraus, der in einer Abstimmung im Herbst 1988 über die Standortfrage «mit grossem Mehr» von der Bevölkerung bekräftigt wurde. Ein Ideenwettbewerb für einen Schulhausneubau im Zentrum ergab laut Abstimmungsbroschüre, dass die für den Betrieb der Primarschule notwendigen

Räumlichkeiten und die Turnhalle nur sehr schwierig unterzubringen wären. An diesem Standort, so die Studie, sollten die zentrumsbildenden Funktionen wie Gemeindeverwaltung, Pfarreiräume und Alterswohnungen verwirklicht werden.

### 12 Klassenzimmer und Turnhalle

Eine wichtige Vorentscheidung fiel mit der Abstimmung über die Turnhallengrösse. Die Stimmberechtigten der Gemeinde Triesenberg sprachen sich dabei für die grössere Turnhalle aus, was Mehrkosten von rund 5 Millionen Franken nach sich zieht. Das Projekt geht von einer doppelten Führung aller Primarschulstufen aus, da Triesenberg heute 169 Primarschüler aufweist. Hinzu kommt nach Angaben der Gemeinde mindestens eine Einführungsklasse. Die Abstimmungsvorlage sieht deshalb die Errichtung von 12 Klassenzimmern und von zwei Reservestufen vor. Das Erscheinungsbild des Schulhausprojektes ist im wesentlichen geprägt, schreibt Architekt Hubert Ospelt in der Abstimmungsbroschüre, von zwei länglichen Hauptbaukörpern, die jeweils senkrecht zum Hanggefälle angeordnet sind. Dies entspricht der traditionellen Anordnung von Baukörpern in Hanglagen und verstärkt die Merkmale der vorgegebenen Geländesituation.

### Bankkosten von 32 Millionen

Das Gesamtprojekt «Obergufer» kommt nach den Kostenberechnungen auf 32 Millionen Franken zu stehen. Nach Abzug der zu erwartenden Landessubventionen in Höhe von 30 Prozent verbleibt für die Gemeinde Triesenberg ein Betrag von 22,4 Millionen Franken zur Finanzierung. Gemäss Abstimmungsbroschüre sind an Rückstellungen für das neue Schulhaus 4,5 Millionen Franken vorhanden, so dass noch 18 Millionen Franken zu finanzieren sind. Diese Kosten werden auf die Jahre 1991 bis 1995 verteilt. Laut Terminplanung ist mit dem Baubeginn des Projektes im Herbst 1994 zu rechnen.

## Gleichstellung in der CH-Gesetzgebung

Bern (AP) Frauen sollen in der Schweiz in Gesetzen und Verwaltungstexten nicht mehr nur mitgemeint sein, sondern direkt angesprochen werden. Dass dies mit etwas Kreativität und Sprachgefühl befriedigend zu bewerkstelligen ist, zeigt eine Arbeitsgruppe der Bundesverwaltung in ihrem am Dienstag veröffentlichten Bericht auf. Offen ist noch, wann der Bundesrat entsprechende Empfehlungen an die Verwaltung richten wird.

Frauen existieren in der Verwaltungs- und Gesetzessprache nicht, denn bis heute werden Personen ausschliesslich mit männlichen Formen bezeichnet. So heisst es etwa in der Verfassung «Alle Schweizer sind vor dem Gesetze gleich» oder auf der ersten Seite des Passes «Der Inhaber dieses Passes ist Schweizerbürger». Dass dieser Sprachgebrauch den gesellschaftlichen Realitäten nicht mehr entspricht, räumte der Bundesrat bereits vor fünf Jahren in einem Bericht zur Gleichstellung von Frau und Mann in der Rechtssetzung ein. Auch der Präsident der Arbeitsgruppe, Werner Hauck, erklärte an der Pressekonferenz, dass eine Wende absolut notwendig sei.

Die Arbeitsgruppe sei von drei Grundsätzen der sprachlichen Gleichbehandlung ausgegangen, erläuterte Hauck: Frauen und Männer sollen ihren Beruf, ihre Stellung oder ihr Amt mit einem Wort bezeichnen können, welches auch ihr Geschlecht zum Ausdruck bringt. Die Bezeichnungen sollen für beide Geschlechter gleichwertig und wenn immer möglich symmetrisch sein. Und Frauen und Männer sollen sich gleichermassen angesprochen fühlen; wenn nicht geschlechtsspezifisch auf Personen Bezug genommen wird.

## Viel Glück bei Eurer Schwerarbeit in Amsterdam!

Liechtensteiner Team zu den 31. Internationalen Berufswettbewerben abgereist



Heute Mittwoch morgen hat unsere Mannschaft für die diesjährigen internationalen Berufswettbewerbe (IBW) unser Land in Richtung Amsterdam verlassen. Das Team besteht aus acht Teilnehmern und einer Teilnehmerin, die in den verschiedensten Berufen ihre Fähigkeiten im internationalen Vergleich unter Beweis stellen werden. Zu ihrer bevorstehenden Knochenarbeit, die von Samstag bis Dienstag dauern wird, wünschen wir unseren TeilnehmerInnen sowie Mannschaftsführerin Evi Kaiser (vordere Reihe Mitte) viel Glück und Erfolg! Im Innern dieser Ausgabe stellen wir Ihnen die neun jungen Berufsleute genauer vor.

**DENNER-Satellit**

Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz

aktuell – frisch und preiswert

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.

SICHERHEITSHALBER IN IHRER NÄHE.

**ZÜRICH** VERSICHERUNGEN

Repräsentanz für Liechtenstein  
Josef Sale  
Aeulestrasse 80, 9490 Vaduz  
Telefon 075/2 43 33